

die Diskussion gezogen. Glocke motivierte seine frühere Opposition damit, daß er meinte, die Verhältnisse des „Volkblatts“ wären derartige gewesen, daß sie einer anderweitigen Regelung bedurft hätten. Ich habe demgegenüber zu erklären, daß seit der Gründung des „Volkblatts“, so lange daselbe Bestands machte, die Parteikasse niemals zur Deckung derselben in Anspruch genommen worden ist, und daß von dem ersten Augenblicke an, wo das „Berliner Volksblatt“ Ueberschüsse erzielte, diese Ueberschüsse zu Gunsten der Partei durch die Parteileitung verwendet worden sind. Ich gebe diese Erklärung nur ab, um der Möglichkeit vorzubeugen, daß eine längere zu allseitiger Zufriedenheit untersuchte und geregelte Angelegenheit von neuem zu Mißverständnissen Veranlassung geben könnte.

Schluß 7½ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Sonntag, den 18. Oktober.

Vorsitzender Klotz eröffnet die Sitzung um 3¼ Uhr.

Wiederum ist eine große Anzahl von Zuschriften und Begrüßungstelegrammen an den Parteitag eingegangen.

Auf der Tagesordnung steht Punkt 5: Berathung derjenigen Anträge der Parteigenossen, welche bei den vorausgehenden Punkten der Tagesordnung nicht bereits ihre Erledigung gefunden haben.

Zunächst werden die

Anträge zur „Organisation“

berathen. Deren liegen in der gedruckten Vorlage drei vor. — Ein von Demmler-Geyer eingebrachter Abänderungsantrag zu § 3 des Organisationsstatuts, daß die Vertrauensmänner mindestens jährlich zweimal Berichte an den Vorstand gelangen lassen sollen, findet nicht die nöthige Unterstützung, gelangt daher nicht zur Verhandlung.

Antrag 1:

Der Landes-Vorstand der sozialdemokratischen Partei Württembergs beantragt, die Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands in § 7 wie folgt abzuändern: „Ein Parteitag hat in der Regel alle 2 Jahre stattzufinden; die Einberufung desselben erfolgt durch die Parteileitung.“

Agster begründet den Antrag unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Aufwendungen, die der Parteitag verursache.

Bebel: Es wäre geradezu ein Unglück, wenn der Parteitag auf einen solchen Antrag einginge. Daraus würden lediglich

F.

dauernde Reibereien zwischen den einzelnen Landestheilen — und jeden Augenblick Anträge auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages resultiren. Angesichts des Brüsseler Beschlusses, der sogar einen internationalen Kongreß alle zwei Jahre für nöthig erklärt, sind jährliche Parteitage unbedingt nothwendig. Die Beschaffung, die Mittel wären nicht aufzubringen, kann allenfalls von einigen wenigen kleineren Orten gelten, nicht aber von der großen Mehrheit. Der Parteivorstand will die Verantwortung für außerordentliche Parteitage auch nicht ohne Weiteres tragen.

Der Antrag wird abgelehnt; ebenso der zweite, von einem Kölner Genossen auf Einführung der direkten Gesetzgebung in die Parteiorganisation gestellte.

Antrag 3:

Die Genossen in Wandsbeck beantragen, den § 9, Absatz 1 des Statuts unserer Partei-Organisation dahin abzuändern, daß die Wahl der Delegirten zum Parteitage auf proportionaler Grundlage erfolgt, und zwar in der Weise, daß bis zu 5000 Wähler in einem Wahlkreise nicht mehr als einen Delegirten zu wählen haben, von 5.—10000 zwei, weiter aber nur die höchst zulässige Zahl von drei Delegirten. Das letzte Wahleresultat der Reichstagswahlen ist maßgebend bis zur folgenden Wahl für die Entsendung der Delegirten.

Zur Begründung des Antrages meldet sich Niemand. — Heinrich-Altona erklärt: trotz wiederholter Aufforderung, die Genossen möchten ihm ihre Begründung schriftlich mittheilen, habe er keine Antwort erhalten. — Nach längerer Debatte, in der Singer, Frohme, Stadthagen, Bebel und Köhnen gegen, Niederauer für den Antrag eintreten, wird derselbe abgelehnt.

Ein inzwischen noch eingelaufener Antrag zum § 9, den Satz: „Insofern nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden“, zu streichen, findet nicht die erforderliche Unterstützung, kommt also nicht zur Verhandlung.

Singner-Hannover VI. beschwert sich zur Geschäftsordnung darüber, daß das Bureau so rasch über die Anträge hinweggegangen sei. Bei der Unterstützungsfrage für den Antrag Demmler habe im unteren Theile des Saales Niemand gewußt, um was es sich handle. Auch Gänzler-Mannheim erhebt diese Klage; es sei wohl ein Irrthum untergelaufen, sonst hätte dieser so nothwendige Antrag wohl die Unterstützung gefunden.

Vorsitzender Klotz erklärt sich bereit, den Antrag Demmler nochmals zur Unterstützung zu stellen.

Die große Mehrheit entscheidet wiederum gegen die Verhandlung des Antrages.

Es wird hiernach zu den
Anträgen bezüglich der Presse
übergegangen.

Antrag 1.

Die Parteigenossen in Zwickau beantragen: Zur Gründung jedes neuen Partei-Organis ist die Genehmigung der Parteileitung erforderlich. Alle anderen Beschlüsse einzelner Landesversammlungen sind dadurch aufgehoben.

Schmidt-Zwickau: Wir haben in Zwickau nach dem Erlöschen des Ausnahmegesetzes ein eigenes Blatt gründen wollen; da wurde auf der Landesversammlung in Chemnitz der Beschluß gefaßt, die neue Gründung eines Parteiorgans bedürfe zunächst der Genehmigung der Landtagsfraktion. Die leichtfertige Gründung von Zeitungen müsse verhindert werden. Wir wollen das auch, aber für uns handelt es sich darum, daß das Blatt, welches jetzt in Chemnitz erscheint, lebensfähiger würde, wenn es in Zwickau erschiene. In Halle ist einstimmig beschlossen worden, nicht die Reichstagsfraktion mit der Parteileitung zu betrauen, sondern letztere aus der Mitte des Parteitages wählen zu lassen. Soll also eine Zeitungsgründung erst einer Prüfung unterworfen werden, dann kann das höchstens durch die Parteileitung geschehen, aber nicht durch eine Landtagsfraktion.

Agster erklärt sich gegen den Antrag. Der Parteivorstand werde, wenn er zur Gründung seine Einwilligung zu geben habe, nachher auch quasi verpflichtet sein, wenn das Blatt nicht rentire, ihm materiell unter die Arme zu greifen. Daß das Blatt in Chemnitz nicht rentire, sei kein Wunder, da im Lande Sachsen 3 oder 4 täglich erscheinende Blätter sich gegenseitig Konkurrenz machten.

Hoffmann-Chemnitz: Die Annahme des erwähnten Antrages in Chemnitz hatte ihren guten Grund. Die Zeitungen haben zu thun, sich über Wasser zu halten. In Halle sagte Auer: Unterstüßt in erster Linie die bestehenden Parteiblätter, gründet nicht neue! Wir hatten nicht weniger wie 460 Genossen, welche an Blättern thätig waren und schließlich zum Theil elend in's Unglück gerieten, als die Blätter sich nicht mehr halten und die Partei unter dem Sozialistengesetz nicht dafür aufkommen konnte. Dieses Gründungsieber sollte nicht wieder losgehen. Geben Sie dem Parteivorstand die Befugniß, dann machen Sie nur gleich auch den Geldsäckel viel größer.

Singer: Was uns hier beschäftigt, ist die Stellung der Gesamtpartei zur Presse. Bei Annahme dieses Antrages müßte vom Parteivorstand die moralische Verantwortung bei event. finanzieller Unterstützung übernommen werden. Es ist jedoch nicht angebracht, der Parteileitung die Entscheidung über Verhältnisse zu

übertragen, welche sie nicht kennt und nicht kennen kann. Der Vorstand wäre in allen solchen Fällen angewiesen auf die Auskünfte der Genossen des Ortes oder Landstrichs, wo die Gründung vorgenommen werden soll. Diese Genossen sind aber bei der Gründungsfrage interessiert. Ueber solche Fragen müssen große Versammlungen und große Kreise der Genossen entscheiden, die schließlich, wenn sie die Gründung beschließen, auch verpflichtet sind, für die finanzielle Sicherstellung, wie für die Verbreitung des Organes zu sorgen. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Giesemann-Breslau-Ost: Auch wir haben speziell bei uns in Schlesien ein reines Gründungsieber erlebt. Es gründete sich der „Proletarier im Eulengebirge“; vorher war schon durch Bruno Geiser die „Wahrheit“ ins Leben gerufen. Wir haben die „Wahrheit“ in schwerem Kampf niedergemacht.

Ein Schlusstratrag von Köhrle wird angenommen. Im Schluswort bemerkt

Schmidt-Zwickau: Wir hätten den Antrag nicht gestellt, wenn nicht Bebel und Liebknecht erklärt hätten, es sei Pflicht des Parteivorstandes, gegen solche Gründungen aufzutreten und dagegen zu wirken.

Bebel (zur Richtigstellung): Die Auffassung des Vorredners wegen unserer Erklärung auf der Landesversammlung ist vollständig falsch. Ich speziell habe damals in längerer Rede die Gründe angeführt, welche Voricht gebieten. Ich muß mich entschieden dagegen verwahren, daß man dem Parteivorstand oder einer anderen Instanz die Verantwortung für die Gründung von Blättern überweist; in solche Dinge hat sich, darin stimme ich ganz mit Singer überein, kein Parteivorstand zu mischen.

Der Antrag Zwickau wird abgelehnt.

Antrag 2.

Die Genossen in Dortmund, Lüdenscheid, Würtemberg, Berlin I und Leipzig beantragen: „Das Parteiprogramm soll, mit einem kurzen parteigeschichtlichen Ueberblick, sowie mit allgemein verständlichen Erläuterungen des Programms versehen, gedruckt und zum Zwecke der Massenverbreitung als Agitationschrift zum Betrage der Herstellungskosten abgegeben werden.“

Taetzerow-Berlin I.: Viel wichtiger als die Anträge auf Verbreitung von Flugchriften und sonstigem Agitationsmaterial ist dieser Antrag. Das Programm zu verstehen ist schwer, noch schwerer, es richtig auszuliegen. Daher dürfte sich unser Antrag wohl zur Annahme und Ausföhrung empfehlen. Die Wichtigkeit der Organisation ist auch nicht genügend begreifen worden. Daher würde sich nicht bloß ein parteigeschichtlicher Ueberblick, wie er im Antrage gewünscht wird, sondern auch eine spezielle Beleuchtung der Organisation empfehlen.

Trilse-Leipzig: Es ist eine bekannte traurige Thatsache, daß 80 % der Arbeiterbevölkerung wohl dem Namen nach mit der Sozialdemokratie bekannt sind, jedoch nicht mit deren Prinzipien, und es wäre daher unsere Pflicht, daß wir hauptsächlich der Landbevölkerung gegenüber Broschüren herausgeben, welche unser mit Erläuterungen versehenes Programm enthalten.

Tilcke-Dortmund beantragt zur Geschäftsordnung die Zurückstellung der Verhandlung des Antrages bis zur Beendigung der Beratungen der Programmkommission.

Nach einer Erklärung Singers wird der Geschäftsordnungsantrag Tilcke zurückgezogen und der Antrag Dortmund-Berlin I. mit großer Majorität angenommen.

Antrag 3.

Die Genossen des I. Berliner Wahlkreises beantragen:

„Um dem Einwände zu begegnen, die Berliner Genossen hätten keinen Einfluß auf unser Organ; um weiter den auswärtigen Genossen den für sie interessierten Inhalt des Organs, als die Lokallisten, Sprechsaal-Notizen, einen großen Teil der Geschäfts- und Vereinsannoncen, Berichte u. s. w. zu ersparen, wird der Vorstand beauftragt, wenn möglich eine Theilung des Zentralorgans „Vorwärts“ zu bewirken, dergestalt, daß der erste Theil das eigentliche Zentralorgan bildet, wogegen der andere Theil die Berliner Parteipresse darstellt. Das Zentralorgan bleibt unter der Kontrolle des Parteivorstandes, der andere Theil unter dem Einfluß der Berliner Genossen.“

Mehner-Berlin I. begründet in kurzer, präziser Form den Antrag und erklärt, derselbe sei auch nicht so gedacht, als müsse er in allen seinen Theilen ganz so, wie er dasteht, zur Annahme gelangen, denn er befaßt ausdrücklich: „wenn möglich.“ Greifen technische Bedenken Platz, so kann man den Antrag ruhig ändern.

Webel: Der erste Theil des Antrages ist in der vorgeschlagenen Form unannehmbar. Ich verstehe nicht, wie die Genossen glauben können, daß ein auswärtiger Genosse, der auf den „Vorwärts“ abonniert, nicht wünscht, auch die übrigen Nachrichten des „Vorwärts“ zu erhalten. Die Kenntniß der Vorgänge in einer Stadt wie Berlin, wo die Parteibewegung eine so große Rolle spielt, muß doch prinzipiell für die Genossen von besonderem Interesse sein. Hat nicht Jeder ein Interesse, sich z. B. über die Vorgänge der letzten Zeit aus erster Quelle Aufklärung zu verschaffen? Was die Kontrolle der Berliner Genossen über den lokalen Theil des „Vorwärts“ betrifft, so hat Auer schon erklärt, daß der Vorstand, wenigstens der jetzige, gegen diesen Antrag absolut nichts einzuwenden hat. Ich schlage daher vor: Der Parteitag wolle denjenigen Theil des Berliner Antrages, welcher sich auf die Theilung des „Vorwärts“ bezieht, ablehnen und beschließen: Der Parteitag erklärt sich damit

F

einverstanden, daß die Berliner Genossen eine Kommission von 9 Mitgliedern wählen, welche in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande die Kontrolle des lokalen Theils des „Vorwärts“ zu übernehmen haben.

Dieser Antrag wird angenommen, nachdem Mehner den Berliner Antrag zurückgezogen hat.

Die Genossen des I. Berliner Wahlkreises beantragen ferner: „Der Parteitag möge sich dahin erklären, daß die Organe der Partei angehalten werden, Annoncen von schwindelhaften Abzahlungs-Geschäften, Leihhaus-Ausverkäufen u. s. w. keine Aufnahme zu gewähren; besonders aber dann die Aufnahme zu verweigern, wenn die einzelnen Gewerkschaften, deren Interessen hierdurch geschädigt werden, bei der Presskommission, welcher das betreffende Blatt unterstellt ist, dagegen Einspruch erheben.“

Mehner als Antragsteller erkennt an, daß der Antrag nicht leicht ausführbar sei; glaubt aber, daß man zu den Redaktionen und Expeditionen der Parteiblätter das Vertrauen haben dürfe, daß sie schwindelhafte Annoncen zurückweisen würden, sobald sie davon Kenntniß hätten.

Remerzgal-Mühlhausen i. G. empfiehlt, es so zu machen, wie in der „Elbsa-Bohringischen Volkszeitung“, welche an der Spitze der Annoncen die Notiz bringt: „Für die Realität der Annoncen dem Publikum gegenüber übernehmen wir keine Verantwortung.“ — Redner beantragt, nur den zweiten Theil des Antrages anzunehmen.

Slomke-Bielefeld verweist auf frühere Parteitage, speziell auf den Haller Parteitag, welche ähnliche Anträge bereits angenommen haben. Trotzdem ständen nach wie vor im „Vorwärts“ großartige Lotterianneoncen und Gewinnlisten, wodurch dem Lotterieschwindel Vorschub geleistet werde. Die Parteiblätter können ohne die Lotterianneoncen auch existiren.

Inzwischen ist ein Amendement eingegangen, auch die Aufnahme unsittlicher Annoncen zu verbieten.

Webel: Dieses Amendement wünscht etwas Selbstverständliches und ist daselbe überflüssig. Was den Antrag selbst betrifft, so war unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes eine solche Kontrolle vielleicht nothwendig; aber heute besteht wohl kaum ein Organ, auf dessen Verwaltung und Handhabung die Genossen nicht einen Einfluß haben. — Haben wir doch so viel Vertrauen, daß die Genossen selber wissen, was sie dem Parteiinteresse schuldig sind! Müssen wir denn überall bevormundende Vorschriften in's Detail geben? Wenn wir bezüglich der unsittlichen Annoncen eine Vorschrift geben, so könnten wir auch verbieten, daß Jemand Gebetsbücher empfiehlt; man müßte alle literarischen Erzeugnisse verbieten, die den Genossen nicht nützlich sind, u. s. w. Ich wünsche, daß die

E

Genossen nicht in erster Linie ihrem Triebe folgen, überhaupt einmal einen Antrag zu stellen, um darüber eine Rede zu halten, sondern sich fragen: ist dieser Antrag der Mühe werth, um den Parteitag damit zu beschäftigen? (Sehr richtig!) Der vorliegende Antrag ist absolut unannehmbar. — Warum sollen die Annoncen über Leihhaus-Ausverkäufe verboten werden? Ich bedauere, daß die heutige Gesellschaftsordnung es nothwendig macht, daß diese Institute mehr und mehr wie die Pilze emporwachsen und daß gerade die Armuth ihre besten Sachen dahin tragen muß; aber, wenn man verböte, die Pfänder zu verauktioniren, dann würden überhaupt keine Leihhäuser existiren.

Grothe-Halle: Wenn der vorliegende Antrag angenommen wird, dann ziehen wir der Provinzialpresse die Schlinge um den Hals. Was ein schwindelhaftes und was ein reelles Abzahlungs-geschäft ist, kann der Parteitag nicht unterscheiden. Ich mache selbst Abzahlungs-geschäfte durch ein Möbelmagazin und habe große Kopfschmerzen damit. Nicht jedes Abzahlungs-geschäft ist ein Schwindel. Man würde thatsächlich durch die Inhibirung solcher Abzahlungs-geschäfte dazu übergeben, sich auf den Standpunkt des Professors Birnbaum in Leipzig zu stellen, der sagte, der Arbeiter soll überhaupt nicht heirathen, ehe er das nöthige Geld hat und 30, 40 Jahre alt ist.

Die Diskussion wird geschlossen. Das Schlusswort erhält

Regner: Die Auktionen, die in Leihhäusern stattfinden und von denen Bebel sprach, kommen hier garnicht in Betracht. Es handelt sich nur um die schwindelhaften Leihhaus-Ausverkäufe und Abzahlungs-geschäfte. Wenn wirklich einzelne unserer Blätter durch solche schwindelhafte Annoncen ihr Leben fristen, dann ist es besser, sie gehen zu Grunde!

Der Antrag und das Amendement werden mit großer Majorität abgelehnt.

Antrag 4.

Koppe-Nixdorf beantragt: „a) Das Abonnement des „Vorwärts“ pro Quartal auf 3 M. festzusetzen; b) die Versammlungs-anzeigen für Arbeiterversammlungen (politische und gewerkschaftliche) um 50 pCt. zu verbilligen.“

Antrag 5.

Die Genossen in Tuttlingen: „Das Partei-Organ „Vorwärts“ (Berliner Volksblatt) soll vom 1. Januar 1892 ab abermals eine Ermäßigung des Abonnementspreises erfahren.“

Beide Anträge werden gemeinsam verhandelt.

Agster-Stuttgart: Die Tuttlinger haben diesen Antrag nur gestellt, um überhaupt einen Antrag zu stellen.

Bebel: Der Antrag Koppe sub b) ist insofern erledigt, als bereits seit einem Jahre die Versammlungsanzeigen um 50 pCt.

E

verbilligt sind. Was nun die Reduktion des Abonnementspreises des „Vorwärts“ anbetrifft, so ist zu bedenken, daß bereits im vorigen Jahre das Monatsabonnement in Berlin von Mark 1,35 auf Mark 1,10 und das Postabonnement von Mark 4 pro Quartal auf Mark 3,30 herabgesetzt wurde. Nun sollen wieder 30 Pfennige gestrichen werden. Das macht bei 35 000 Abonnenten rund 42 000 Mark. Der Ueberschuß des Blattes beträgt 38 000 Mark im letzten Jahre. Man würde also mit einem Schlage den ganzen Ueberschuß streichen. Ich will nicht streiten, ob der Ueberschuß so hoch, wie er da ist, gerade nothwendig für die Partei ist, aber jedenfalls brauchen wir angesichts der immer größer werdenden Anforderungen an die Partei immer mehr Ueberschüsse. Unser Klassenabfluß ist zwar außerordentlich günstig, aber sobald nur eine einzige allgemeine Wahl kommt, fliegen die Hunderttausende aus der Kasse heraus. Dazu kommen die gesteigerten Preis-anforderungen aus ganz Deutschland. Also die kleine Preis-ermäßigung nützt den Genossen nicht viel, aber der Parteifasse schadet sie ungemein. Die Ueberschüsse hängen gar nicht vom Abonnement ab, sie kommen bloß aus den Annoncen. Wir haben 64 000 Mark für Annoncen eingenommen, und 38 000 Mark ist der Ueberschuß gewesen. Wer den „Vorwärts“ im letzten Jahre verfolgt hat, wird gefunden haben, daß das Material, der Umfang des Blattes allmählich ein bedeutend größerer geworden ist gegen früher. Wir sind oft genöthigt, Extrabeilagen zu machen. Die Berichterstattung über den Parteitag kostet uns wieder einige tausend Mark, die wir um jeden Preis anwenden müssen, damit ein prompter, rascher Bericht möglich ist. Der „Vorwärts“ ist das einzige Blatt, welches am nächsten Morgen die Kongressverhandlungen des vorhergehenden Tages bis zum Abend bringen kann. Ferner hat der Parteivorstand beschlossen, daß vom 1. Januar t. J. ab ein allgemeines illustriertes Unterhaltungsblatt herausgegeben werden soll, welches den Blättern zu einem bestimmten Preise beigelegt werden soll. Wir haben beschlossen, dem neuen Blatt den Namen „Neue Welt“ zu geben. (Bravo!) Es wird von Neujahr ab in Hamburg erscheinen und von unserem Genossen Kurt Baake redigirt werden. In erster Linie ist aber doch der „Vorwärts“ verpflichtet, dieses Blatt beizugeben, und das verursacht wieder ein paar tausend Mark mehr Kosten. Sollten wir wirklich einmal in eine so günstige Lage kommen, daß wir den Abonnementspreis herabsetzen können, dann wird die betreffende Parteileitung gerade so wenig davon Abstand nehmen, wie früher. Außerdem kann der Parteitag das jeden Augenblick beschließen. Heute aber ist dazu die Zeit noch nicht. Ich bitte Sie deshalb, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Die Anträge Koppe und Tuttlingen werden abgelehnt.

E

Antrag 6.

Die Dortmunder Delegirten beantragen:

a) „Der Parteitag wolle beschließen, daß es Pflicht eines jeden Parteiblattes ist, einem jeden anderen Parteiblatt ein Pflichtexemplar gratis zu überweisen.

b) Der Parteitag wolle beschließen, daß der „Vorwärts“ jedem Parteiblatt zwei Pflichtexemplare überweist und zwar eins zur Verwendung bei Herstellung der Partei-Organen und eins zum Einreichen in die Bibliothek der Redaktion.

c) Der Parteitag wolle beschließen, daß der Redaktion eines jeden Parteiblattes seitens der Parteileitung eine Handbibliothek gratis zur Verfügung gestellt wird und zwar derart, daß diese Handbibliothek Eigentum der Partei bleibt und im Falle Eingehens eines Parteiblattes an die Parteileitung zurückzuliefern ist.“

Böckle hat den speziellen Auftrag, diesen Antrag zu begründen, obwohl er persönlich nicht mit allen Forderungen einverstanden ist. Die Forderung sub a werde jetzt schon fast überall erfüllt, die sub b sei vollständig gerechtfertigt und nur die Forderung sub c bedenklich. Die Dortmunder Genossen haben geltend gemacht, daß nicht alle Blätter einen ausgezeichneten Redakteur halten können. Für diese Blätter solle dem Redakteur eine Handbibliothek zur Verfügung gestellt werden und zwar gratis, weil solche jungen Blätter finanziell noch nicht kräftig genug seien.

Agster und Bebel erklären sich gegen den Antrag. Der Letztere wendet sich namentlich gegen den Antrag sub b, der schon aus posttechnischen Gründen mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Ueberweisung nicht durchführbar sei. Dasselbe gelte auch von dem Antrag sub c. Jeder Redakteur werde die verschiedensten Ansprüche machen, und wer solle da entscheiden? Ganz davon zu schweigen, wie es mit dem „Eigentum der Partei“ werden würde. (Seitertext.)

Der Antrag wird abgelehnt.

Mit Rücksicht auf den heute Abend stattfindenden Kommerz wird nunmehr die Sitzung abgebrochen und die nächste Sitzung auf Montag früh 9 Uhr anberaumt.

Schluß 5½ Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Montag, den 19. Oktober.

Vormittagsitzung.

9½ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Wieder sind zahlreiche Zuschriften und Telegramme an den Parteitag gelangt, deren Absender bekannt gegeben werden.

E

Vorsitzender Singer: Es liegen ferner 2 Depeschen und mehrere Briefe vor, in denen einzelne Personen sich mit der Opposition einverstanden erklären. Ferner eine Depesche mit einer Unterschrift aus Lestom, worin erklärt wird, daß die Genossen dort sich mit dem Flugblatt solidarisch erklären. Um nicht den Schein zu erwecken, als ob von hier aus die Meinungsäußerung innerhalb der Partei irgendwie unterdrückt würde, habe ich heute noch diese Mittheilungen gemacht; der Parteitag kann sich aber nicht darauf einlassen, Zuschriften einzelner Leute, von denen man nicht einmal weiß, ob und von wem sie autorisirt sind, zur Verlesung zu bringen. Mit dieser Art von Mittheilungen werde ich also jetzt aufhören, wenn der Parteitag damit einverstanden ist. (Zustimmung.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Jacobey, daß der von ihm bei der Berathung des Punktes 1 als aus dem Wahlverein des VI. Berliner Kreises neben Schwabe ausgeschlossener erwähnte bisherige Genosse nicht Litfin ist, wie die ganze Presse berichtet, sondern der in Moabit wohnhafte Köpfe.

Vorsitzender Singer: Es ist uns noch eine Mittheilung zugegangen von der Preßkommission, welche zur Ueberwachung der „Volkstribüne“ in Berlin besteht. Die Herren schreiben, daß sie, veranlaßt durch die Mittheilung Grillenberger's, der behauptet haben soll, daß das bekannte Flugblatt von der Expedition der „Volkstribüne“ und mit der „Volkstribüne“ verandt worden ist, eine Untersuchung angestellt haben, aus der sich ergibt, daß der Expedient des Blattes behauptet, aus eigener Initiative keine Flugblätter verschickt zu haben; dagegen könne selbsterständlich nicht in Betracht kommen, wenn der Betreffende aus Wunsch von Genossen diesen einige Exemplare zusandte, und zum Beweise dafür, daß an die Expedition sowohl aus dem Auslande, wie aus dem Inlande der Wunsch um Uebersendung einiger Exemplare ausgesprochen ist, fügt die Preßkommission 3 Postkarten mit solchen Bestellungen bei.

Hierauf wird die Erörterung der Punkte 3a. und 3b. „Die parlamentarische Thätigkeit und die Taktik der Partei“ fortgesetzt.

Herbert-Stettin: Wir haben mehr Grund, uns mit Vollmar zu beschäftigen, als mit der Opposition, wie es die meisten Redner bisher gethan haben. Vollmar spricht vom Herrschen eines neuen Kurles. Wir in Pommern merken nichts davon, wir haben im Gegentheil Herrn von Buttamer erhalten. Im Lande herrschen die alten Behörden, die alten Staatsanwälte, und andererseits wird der Kampf zwischen der Bourgeoisie und uns immer erbitterter. Die Frage der Taktik ist nicht allein nach den im Lande errungenen Erfolgen, sondern auch nach der Reinheit des Prinzips zu beurtheilen. Wir müssen Stellung nehmen, um Allen, die Vollmar

E